

3.10 Parteien

3.10.1 Bündnis 90/Die Grünen

Die Entstehung der Grünen¹

Die 70er und Anfänge der 80er Jahre stellten den Höhepunkt der Umweltschutzaktivitäten „auf der Straße“ dar. Zum Ende dieser Zeit kamen noch die großen Friedensdemonstrationen hinzu. Überregional stand der Kampf gegen den Bau von Atomkraftwerken im Mittelpunkt. Geplante atomare Anlagen und die Startbahn West bildeten Schauplätze heftiger Auseinandersetzungen. Auf lokaler Ebene gründeten sich Bürgerinitiativen. 1972 entstand der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) als Dachverband mit sehr vielen Mitgliedern und Aktivität (siehe Kap. 3.4). Diese außerparlamentarische und außerverbandliche Arbeitsform² führte zu einer starken Öffentlichkeitswirkung. Anfang der 70er Jahre beeinflussten die Diskussionen auch die herrschende und Umweltschutzideen gegenüber offene Politik der damaligen, zu Beginn reformorientierten SPD/F.D.P. Regierung. Ab Mitte der 70er Jahre wandelte sich die Politik, gleichzeitig bröckelte die Durchsetzungskraft der Umweltbewegung. Hinzu kamen Querelen und Machtpolitik im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, die den Umweltverband deutlich schwächten.

In dieser Zeit beginnenden politischen Stillstandes kam die Idee einer parlamentarischen Arbeit auf, eines Gangs in die Institutionen.³ So gab es z.B. 1977 bei Aktionen rund um das AKW Grohnde einen Aufruf „AKW-Gegner in die Parlamente“.⁴ Verstärkt wurde dieser Prozeß durch den spektakulären Austritt von Herbert Gruhl aus der CDU-Bundestagsfraktion und seine Bemühungen zur Gründung einer Umweltschutzpartei. Auch in Bayern dachte man über eine Partei nach, der Bund Naturschutz mit seiner damals stark konservativen Gesinnung führte Gespräche mit dem rechtskonservativen Arbeitskreis Unabhängiger Deutscher (AUD). 1975 wurde der BUND bundesweit gegründet. Als Bundesvorsitzender⁵ dabei: Herbert Gruhl. Sein Ziel: Aus dem BUND eine grüne Partei zu formen. Seine UnterstützerInnen kamen vor allem aus Bayern, unter anderem BN-Vorsitzender Hubert Weinzierl (siehe Kap. 3.2.1). Seine GegnerInnen aber waren stärker. Gruhl verließ den BUND und nahm die Mitgliederkartei mit. Damit gründete er die Grüne Aktion Zukunft, die erste Umweltpartei.

Parallel liefen die Bemühungen zur Gründung einer ökologischen Partei auch an anderen Orten. Obwohl sehr unterschiedliche Personen beteiligt waren, schafften sie die Gründung einer bundesweiten Partei „Die Grünen“ bzw. „Grüne Liste“. Sie trat erstmals 1979 zur Europawahl an unter dem skurrilen Namen „Sonstige Politische Vereinigung (SPV) – Die Grünen“. Zu dieser Zeit hatten die konservativen Kräfte wie Herbert Gruhl noch maßgeblichen Einfluß. Ab 1980 verringerte sich dieser sehr schnell. Ende 1981 war die Spaltung klar: Gruhl und andere traten aus und gründeten die ÖDP.

Teilweise schon vor der bundesweiten Gründung der Grünen entstanden Landesverbände und viele lokale Untergliederungen. Aufgrund der sehr unterschiedlichen Ideologien der jeweiligen GründerInnen gab es verschiedene Positionen, Namen und viel Streit. Die Grünen wurden als Randgruppe ausgegrenzt, keine etablierte Partei wollte mit ihnen etwas zu tun haben. Doch schon Anfang der 80er Jahre konnte die Partei durchschlagende Wahlerfolge erreichen und festigte sich als parlamentarische Kraft, die in vielen Fällen die 5%-Hürde überklettern konnte.

Richtungskämpfe

In den Grünen hatte sich eine sehr bunte Mischung von Menschen zusammengefunden, denen nur zweierlei gemeinsam war: Die Unzufriedenheit mit der gesellschaftlichen Situation allgemein und mit der fortschreitenden Umweltzerstörung im speziellen. Im Detail, vor allem in nicht ökologischen Fragen (Abtreibung, AusländerInnenpolitik usw.) zeigten sich gewaltige Unterschiede. Das führte zu erheblichen Spannungen. In einigen Ländern sowie in vielen Kommunen blieben die unabhängig voneinander gegründeten Parteien wie Grüne, Grüne Liste, Bunte Liste usw. nebeneinander bestehen.⁶ Das Spektrum reichte bis zu neofaschistischen Kreisen, die bekannteste rechte Landesliste entstand in Rheinland-Pfalz unter Führung des rechtsextremen Max Otto Bruker (siehe Kap. 3.7).

Zwei große Spaltungen bestimmten das Bild der Grünen. Die erste bedeutete eine Abspaltung konservativer Umweltpolitiker um die Führungsfiguren Herbert Gruhl und Baldur Springmann. Sie verließen die Grünen, obwohl sie wegen ihrer Popularität in der Anfangszeit einen erheblichen Einfluß ausüben konnten und im prägenden Themenbereich der Grünen, der Umweltpolitik, die Richtung angaben. Das machte die umweltpolitischen Forderungen radikaler, denn die konservativökologischen Kreise haben fundamentalistische Umwelt- und Lebensschutzideen.⁷ Je mehr aber bei den Grünen auch andere Politikfelder zum Zuge kamen, desto weniger paßten Gruhl und Umfeld in die Partei. Nach einigen Auseinandersetzungen verließen sie diese und gründeten die ÖDP, aus denen sie einige Jahre später wegen ihrer rechten Positionen ebenso verdrängt wurden, um bei den Unabhängigen Ökologen Deutschlands dann ihren Lebensabend zu fristen (siehe Kap. 3.7). In der Anfangsphase wandelten die Grünen zu einem linken politischen Selbstverständnis, in das sie viele weitere Themengebiete aufnahmen wie den Feminismus, den Kampf um eine gerechte Weltordnung und das Selbstbestimmungsrecht von Menschen. Bis Mitte der 80er Jahre konnten z.B. die Kreise um Jutta Ditfurth mit ihren linksradikal-antiimperialistischen Positionen erheblichen Einfluß auf die Grünen gewinnen. Allerdings wurden die Grünen auch unter immer mehr zu einer Kaderpartei, die Machtstrukturen festigten sich. Der Kontakt der Führung zur Basis riß Stück für Stück ab.⁸

Mit zunehmenden Wahlerfolgen⁹ und dem zunehmenden Alter bzw. Dienstalder der FunktionsträgerInnen verloren die Grünen diese radikalen Positionen wieder und wandelten sich zu einer Partei ohne besondere Positionen, die (wie alle anderen etablierten Parteien auch) im Krisenmanagement, d.h. in der Bewältigung der alltäglich anfallenden Politikentscheidungen, ihre wesentliche Aufgabe fand. Immer häufiger beteiligten sich die Grünen an der Macht, was wiederum einen starken Anpassungsdruck auslöste und bei der Wahl von FunktionsträgerInnen diejenigen bevorzugte, die bereit waren, „Verantwortung“ zu übernehmen. Ende der 80er Jahre spitzte sich der Streit zu und führte 1990/91 zur zweiten großen Spaltung. Diesmal trennten sich die „Linken“ von den Grünen und gründeten ebenfalls sofort wieder eine neue Partei, die „Ökologische Linke“. Führungsfigur war Jutta Ditfurth. Bei allen Diskussionen, Streit und Spaltungen ist bemerkenswert, daß es niemals um die Frage ging, ob die Grünen überhaupt als Partei agieren sollten oder ob dieses nur ein Teil von vielen Aktionsfeldern sein sollte. Der abgerissene Kontakt zur Basis aktiver Umweltgruppen schien niemanden zu sorgen, obwohl anfänglich die Mehrzahl der grünen FunktionärInnen dort herstammte. Ständige Gremienarbeit und Wahlkampf lenkten den Blick auf andere Arbeitsformen. Nur noch auf kommunaler Ebene blieben Kontakte zu Umwelt- oder anderen politischen Gruppen bestehen, insbesondere dort, wo die Grünen Oppositionspartei waren.

Nach der Abspaltung der rechten und linken Parteimitglieder blieb die bürgerlich orientierte Mitte, die „Realos“, übrig. Ihre Führungsfigur war Joschka Fischer, der die Grünen sehr stark dominierte.¹⁰ Das zeigte sich z.B. im Bundestagswahlkampf 1994, als Fischer für den Fall einer Regierungsbeteiligung zwei grüne Minister vorschlug, sich und Ludger Vollmer. Keine Frau – aber trotz Quotenbeschlüssen blieb die Kritik aus, Fischer durfte so etwas. Ähnliches geschah bei der Abstimmung über den Bosnieninsatz der Bundeswehr. Ein großer Teil der Bundestagsfraktion um Joschka Fischer stimmte dem Kriegseinsatz zu, trotz der Wurzeln der Grünen in der Friedensbewegung und trotz eines gegenteiligen Parteitagebschlusses.

Die Diskrepanz zwischen Macht und Basis zeigte sich bei den Grünen durch die Trennung von Amt und Mandat sehr deutlich.¹¹ Das führte lange dazu, daß die Parteiverbände nicht so stark von den ParlamentarierInnen dominiert wurden wie dies in anderen Parteien der Fall ist. So kam es des häufigeren zu unterschiedlichen Positionen: Die Partei beschloß etwas, aber ihre MandatsträgerInnen entschieden einfach anders. Bemerkenswerterweise blieben Folgekonflikte fast immer aus. Die Partei hatte sich daran gewöhnt, daß die Ausführenden letztlich die ParlamentarierInnen und diese nicht mehr kontrollierbar waren. Dennoch gelangten immer die gleichen Personen auf die vorderen Listenplätze, denn die Grünen konnten sich ein „Absägen“ ihrer Prominenten nicht leisten, ohne schlechtere Wahlaussichten zu haben. Zudem hatten sich die „Promis“ bis Mitte der 90er Jahre in der Partei ihre Hausmacht aufgebaut, d.h. sie konnten sich der Unterstützung einer ausreichenden Zahl von Delegierten auf Parteiversammlungen sicher sein. Diese Veränderungen sind bis Anfang 2000 soweit fortentwickelt worden, daß kaum noch ein Unterschied zu den anderen Parteien zu erkennen war. Die Führungspersonen in der Partei hatten zu großen Teilen auch Regierungsämter oder Parlamentssitze inne.

Der Ostteil der nach der Fusion mit den Westgrünen in Bündnis 90/Die Grünen umbenannten Partei hat eine andere Geschichte.¹² Noch während der letzten SED-Regierung organisierten sich die Umweltschutzgruppen neu. Ein Teil verblieb in konservativen Kreisen, die früher zum Teil die staatsnahe Naturschutzarbeit leisteten (Partner dieser Gruppen wurden der Naturschutzbund und teilweise der BUND). Andere gründeten die Grüne Liga als eigenständigen Ost-Umweltverband mit netzwerkähnlichen Strukturen. Der dritte Teil gründete Parteien, die sich zum „Bündnis 90“ zusammenschlossen, um bei der Wahl gemeinsam anzutreten. Einige von ihnen waren eher konservativ, was die Übertritte von Ost-Grünen zur CDU im Jahr 1997 deutlich machten. Das Bündnis schaffte bei der ersten gesamtdeutschen Wahl den Sprung über die nach Ost und West gesplittete 5-Prozent-Hürde, während die West-Grünen daran überraschend scheiterten. Bei der Wahl 1994 schaffte die fusionierte Partei dann insgesamt den Sprung ins Parlament. Aus dem Bündnis 90 wurden eher bürgerliche Tendenzen in der Partei gestützt, also Joschka Fischer und sein Umfeld. Nur im Detail konnten Ost-Grüne Wirkung auf den Parteikurs entfalten. Neben dem Bündnis 90 gab es im Osten auch Parteiverbände, die sich „Grüne“ nannten und eher links vom Bündnis standen. Sie wurden schon vor der Fusion mit dem Bündnis 90 Teil der Gesamtpartei der Grünen.

Die Grünen als parlamentarischer Arm der Umweltbewegung?

Die Partei ist aus der außerparlamentarischen Bewegung entstanden. Das ursprüngliche Konzept lautete, einen parlamentarischen „Arm“ der Basisgruppen vor allem im Umwelt- und Friedensbereich aufzubauen. Die ersten Listen zeigten denn auch Personen, die vorher in verschiedenen Aktionsgruppen oder Zusammenschlüssen aktiv waren. Selbst die heute

prominenten Alt-Grünen wie Fischer oder Cohn-Bendit waren früher Aktivisten im Häuserkampf oder an der Startbahn West. Viele der anfänglichen Strukturmodelle wie das Rotationsprinzip der MandatsträgerInnen, Beratungskreise mit Basisgruppen und offene Listen spiegelten den Willen wider, nicht unabhängig von denen zu agieren, die „auf der Straße“ Druck machten. Etlich außerparlamentarische Gruppen setzten Hoffnung in die Grünen. Aktive KämpferInnen aus BIs ließen sich auf Listen setzen oder übernahmen Funktionen in der Partei. Nur die großen Verbände wahrten zunächst Distanz – sei es aus Angst, parteipolitisch vereinnahmt zu werden, oder aus deutlicher Nähe zu anderen Parteien¹³ oder der Industrie. Der Präsident des Deutschen Naturschutzringes, Wolfgang Engelhardt (CSU-Mitglied), bezeichnete die Grünen sogar als „Fehlentwicklung“ und prophezeite Schaden für den Naturschutz. Bis zum Einzug in den Bundestag traf sich der DNR nie mit der neuen Partei.¹⁴

Im Laufe der Zeit, vor allem aber als Folge des Überspringens der 5%-Hürde und der Übernahme von Regierungsverantwortung in verschiedenen Orten sowie später einigen Kreisen und Ländern wuchsen die Differenzen zwischen außerparlamentarischen Gruppen und den Grünen. Entscheidungen, die aus Koalitionsdisziplin oder Angst um Wählerstimmen getroffen wurden, fielen immer öfter auf Kritik der BIs und anderen Umweltgruppen. Immer weniger GrünenfunktionärInnen fühlten sich in Basisgruppen noch wohl. Sie entschieden sich für das eine oder andere. Die meisten Neueintritte bei den Grünen kamen gar nicht mehr aus der Umweltbewegung, neben politisch interessierten Menschen ohne BI-Erfahrung suchten eher KarrieristInnen und SPD-AussteigerInnen den Weg in die Partei. Die Gründung grüner und grünnaher Jugendverbände zeugte ebenfalls davon, daß neue Leute bei den Grünen nicht mehr aus BürgerInnengruppen stammten, sondern aus den eigenen Nachwuchsorganisationen heranwuchsen, die in ihrer Anpassungsprogrammatik schnell die Grünen übertrafen und mit jung-dynamischem Flair für moderne Wirtschaftsreformen eintraten. Immer häufiger wurden Grüne Zielscheibe der Kritik unabhängiger Umweltschutzgruppen (weniger aus den großen Verbänden, weil die sich wegen vieler ParteibuchinhaberInnen in Führungsämtern zurückhielten bei direkter Kritik an PolitikerInnen. Das bezieht sich längst auch auf die etablierten Grünen, die nicht mehr als „verlängerter Arm“ der Bewegung angesehen werden, sondern als regierungsbeteiligte Partei, zu der Filzbeziehungen bestehen. Überregional bedeutsame Entscheidungen wie die Zustimmung zum Kriegseinsatz in Bosnien, zur Mercedes-Teststrecke in Papenburg, zum Betrieb der Atomanlagen in Krümmel oder die grüne Zuständigkeit für Polizeieinsätze gegen Castor-Demos¹⁵ haben dazu ebenso beigetragen wie viele regionale und lokale Entscheidungen für neue Straßen, Golfplätze, Energietrassen oder Müllverbrennungsanlagen.

Positionswechsel bis zur Machtübernahme 1998

Ökologisch, basisdemokratisch, gewaltfrei – so oder ähnlich klangen die Parolen der Grünen in ihrer Gründungszeit. Die pauschalen Begriffe illustrieren, daß zunächst noch fundamentale Positionen dominierten: Auflösung der NATO, sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie und vieles mehr. Die heutige Realpolitik weist keinen einzigen dieser Punkte mehr auf. Selbst die Gründungsbasis, die Ablehnung von Krieg und Atomkraft, ist verwässert. Hessen wurde seit 1986 meist rot-grün regiert, das Umweltressort war grün. Der Ausstieg aus der Atomenergie verlief aber halbherzig und vor allem verbal.¹⁶ In Schleswig Holstein gab es durch die rotgrüne Regierung Konflikte um Genehmigungen für die Atomanlagen in Krümmel. Die Grünen akzeptierten schließlich, daß die Entscheidungen im Sinne der Atomlobby fielen. Noch aber gelang es, diese Versäumnisse mit Hinweis auf das Weisungs-

recht des Bundes zu verschleiern. Auch im rotgrünen Nordrhein-Westfalen wurde die Politik der Grünen mit der Akzeptanz des Braunkohleabbaus bei Garzweiler und dem Verhalten von Grünen in Machtpositionen im Streit um die Einlagerung von Castor-Behältern in Ahaus deutlich. Die Landes-Grünen wehrten sich kaum, der grüne Polizeipräsident von Münster¹⁵ ging sogar als besonders hart durchgreifender Polizeibefehlshaber in die Geschichte der Anti-Atom-Bewegung ein. Selbst auf massiven Druck auch einiger Kreisverbände der Grünen¹⁷ hin mochte Polizeipräsident Wimper nichts anders tun, als immer zu wiederholen, daß er es als seine Aufgabe ansieht, Recht und Gesetz durchzusetzen.

Im Original: Joschka Fischer in der Zeit Nr. 51 (11.12.1992)¹⁸

Wir können natürlich nach wie vor in Ehren alt werden mit der Forderung nach Sofortausstieg. ... Ein Kompromiß scheint mir allerdings nur auf der Grundlage des Sofortausstiegs bei einigen alten Reaktoren akzeptabel.

Jens Petring, grüner Landtagsabgeordneter NRW, in Spunk 10/1997 (S. 7)

Eine trotz Garzweiler II fortbestehende NRW-Koalition wird auch den Weg ebnen für eine Koalition auf Bundesebene trotz Atomkonsens. Langsam aber sicher verschiebt sich unsere Klientel. Während sich einige noch an den sozialdemokratischen (z.B. Matthiesen/Clement) und den vermeintlichen innerparteilichen Fundis abarbeiten, ist bereits eine neue Utopie entstanden: Wir sind die besseren Moderatoren für das Unvermeidliche. Angesichts dieser Entwicklungen bekenne ich: Ich bin ein Realo.

Die Liste läßt sich beliebig verlängern – wo Grüne an die Macht kamen, handelten sie im Interesse von Herrschaft und Profit. Sie stimmten vielen Müllverbrennungsanlagen zu. In Hessen wurde zur Auslastung der Verbrennungsanlage mit Genehmigung der grünen Umweltministerin Sondermüll sogar aus Italien herangeschafft. Auch die Mercedes-Benz-Teststrecke bei Papenburg fand die Tolerierung der Grünen, die damals an der Landesregierung in Niedersachsen beteiligt waren. Neue Straßen waren nur noch selten Anlaß für grüne Einsprüche, neue Gewerbe und Wohngebiete gingen ohnehin glatt durch. Grüne DezernentInnen entpuppten sich oftmals als besonders gut ausgebildete PlanerInnen, die die Betonierung der Landschaft noch geschickter durch- und umzusetzen wußten. Sie profitierten dabei auch vom nachlassenden Widerstand aus der Umweltbewegung und davon, daß in den Gremien der etablierten Umweltverbände viele Parteimitglieder von SPD und Grünen zu finden waren. Zusätzlich hatten viele VerbandsvertreterInnen Posten in Gremien oder als Angestellte in den Verwaltungen, was die Umweltorganisationen zu einer Kooperationslinie mit den Regierenden brachte. Wo Rot grün regierte, entstand ein dichter Filz zwischen UmweltschützerInnen und Regierungen. Das Land Hessen, bis zur Bundestagswahl 1998 das am längsten rotgrün regierte, bewies das sehr deutlich.¹⁶ Fortschritte im Umweltschutz wurden mit solch enger Verfilzung kaum noch durchgesetzt. In vielen Feldern, z.B. bei der Förderungshöhe von Solarenergie, war Hessen eher Schlußlicht. Wie eine stichprobenartige Untersuchung des Öko Instituts in Darmstadt ergab, erwiesen sich auch die Staatlichen Ämter nicht als besonders kooperativ in Umweltangelegenheiten, z.B. bei der Bereitstellung von Informationen über Emissionen.¹⁹ Noch schlimmer: Hessen war das Bundesland, wo es am umfangreichsten zu Aktionen der Regierungen gegen Umweltschutzeinrichtungen kam, die nicht staatsabhängig und -loyal waren. So hetzte ein grüner Baudezernent die Baupolizei auf eine Projektwerkstatt, kritische UmweltschützerInnen wurden per Polizei aus Diskussionsveranstaltungen entfernt, Fördergelder stark auf die etablierten Umweltverbände konzentriert.

In den 90er Jahren versuchten die Grünen sehr systematisch, das Image einer „Umwelt“partei loszuwerden und stattdessen das Profil einer modernen Reformpartei mit Kompetenz in der Wirtschafts- und Außenpolitik zu gewinnen. Parlamentarische Initiativen, Presseinformationen, Veröffentlichungen, Veranstaltungen sowie ganz besonders die öffentlichen Auftritte der SpitzenfunktionärInnen rankten sich kaum noch um das Thema Umwelt, sondern um Finanzwirtschaft oder Außenpolitik. Die Grünen versuchten sich als staatstragende Kraft zu profilieren.

Im Original: Auszüge aus einer Rede von Wolfgang Schäuble am 20.9.1997²⁰

Die Grünen verdanken ihre ganze Existenz als Partei dem Umweltthema, dafür werden sie noch heute gewählt. Auch ihnen ist aber offensichtlich das Hemd näher als der Rock, sie äußern sich heute lieber zu Themen wie Steuerreform oder Rentenreform oder Gesundheitsreform, zu Fragen der inneren und der äußeren Sicherheit, ...

Joschka Fischer in einem Interview mit der Zeitung Dialog '92 Nr. 2 (zum Deutschen Umwelttag, S. 2) auf die Frage, wie er zu den Beschleunigungsgesetzen steht, obwohl bekannt war, daß weder Umweltauflagen noch Beteiligungen die Verfahren verzögerten

Wir sind für jede Form der Beschleunigung, die auf Entbürokratisierung hinausläuft ... Ich möchte allerdings schon jetzt dafür plädieren, daß die Umweltverbände keine Verweigerungsstrategie fahren, sondern eigene Vorschläge für eine Beschleunigung der Verfahren, ohne Einschränkung von Bürgerrechten vorlegen sollten.

Reinhard Loske vom Wuppertal Institut am 12.10.96 in der taz über die Grünen²¹

Akzeptiert, aber profillos? ... Sie beanspruchen Realitätssinn für eine Sicht der Dinge, die vielleicht aus aktuellen Nöten oder Interessen verständlich, keineswegs aber durch Fakten gedeckt ist. ... Wenn Ökologie als Politik gedacht wird, dann lassen sich vereinfachend zwei Formen unterscheiden: die Modernisierung und die Bewahrungsökologie. Die Agenda der ersteren wird von den Grünen (wie auch von Teilen der Sozialdemokratie) perfekt beherrscht. Stichworte: ökologische Steuerreform, Energieeffizienz, Solarenergie, Dreiliterauto. Es ist in diesen Zeiten nicht das Schlechteste, wenn man seine Politik als modern, technologieorientiert und jobfördernd zugleich präsentieren kann. Zumal wenn das eigene Publikum – die urbanen Mittelschichten – diese Melodie gerne hört. ... Die andere Hälfte ökologischer Politik – das Bewahren – wird bei den Bündnisgrünen, soweit ich erkennen kann, derzeit eher kleingeschrieben: der Erhalt von Bodenproduktivität, landschaftsvielfalt und der Tier- und Pflanzenwelt, der Einsatz dafür, daß der Welt keine weiteren Wunden geschlagen werden. ... muß man sich natürlich fragen, was von dem originär Grünen bleibt, wenn die Wirkungsgrade von Kraftwerken oder der Benzinverbrauch von Autos wichtiger werden als das unbedingte (und pragmatische) Eintreten für Lebensinteressen. ... Eine reine „City Ökologie“, die sich im Technischen und in Lifestyle Trends erschöpft, reicht nicht aus.

Insgesamt zeigte sich im Vorfeld der Bundestagswahl 1998, die die Grünen auch auf Bundesebene an die Macht brachte, eine Mischung als dem Gedankengut der Nachhaltigkeit und des Neoliberalismus. Grüne traten für die Senkung des Spitzensteuersatzes ein, stimmten in die Kritik an langen Genehmigungsverfahren ein oder stellten die Förderung der Wirtschaft in den Mittelpunkt ihrer Argumentation. Grüne wollten eine effizientere Ressourcenausnutzung, forderten die Umsetzung der Agenda 21 und die Aufstellung „Nationaler Umweltpläne“,²² die vor allem jahrelanges Debattieren statt eines längst möglichen konsequenten Handelns bedeuten. Die grünen Vordenker in den Bundesstrukturen der Grünen wie Joschka Fischer oder der kriegsbefürwortende Chef der Heinrich-Böll-Stiftung, Ralf Fücks, organisierten einen Feldzug gegen bisherige Grundpositionen der Grünen, z.B. die Ablehnung des Krieges. Schon in der Opposition stimmte die Mehrheit der grünen Bundestagsabgeordneten Bundeswehreinsetzungen in Bosnien zu – trotz gegenteiligem Votum der Partei. Daß die Grünen nach ihrem Wahlsieg 1998 dann mit der SPD zur ersten bundesdeutschen Kriegsregierung wurden (zwei Angriffskriege in einer Legislaturperiode!) überraschte angesichts dessen nicht.

In vielen Kommunen und Ländern machten gerade die Grünen die Agenda 21 stark, also ein Werk, das den Ausbau der Atomkraft und der Gentechnik fordert und Diskutierunden ohne Rechte inszeniert. Die Grünen forderten in der Steuerreformdebatte schon vor 1998 und zusammen mit den Umweltverbänden eine Ökosteuer auf Energieverbrauch mit weitreichenden Ausnahmen für die Großenergieverbraucher. Nur 20% sollen die ganz großen Verschwender zahlen, dafür aber die Lohnnebenkosten in vollem Umfang gesenkt bekommen, so daß sie am Ende besser dastehen als viele kleine und umweltfreundlichere Betriebe. Mit diesem Vorschlag profilierten sich die Grünen als Freund der deutschen Wirtschaft. Den Grünen gelang es in der Vorwahlphase 1997/98, die Umweltverbände weitgehend in ihren Wahlkampf einzubeziehen. Eine Kampagne zur Ökosteuer wurde von der Böll-Stiftung finanziert und sollte von den Verbänden umgesetzt werden – allerdings kam die öffentliche Kritik am 5-DM-Literpreis für Benzin den Plänen in die Quere. Die Grünen sahen die Verbände als ihre Zuarbeiter – und die Verbände nahmen diese Rolle an, dankbar für PR- und finanzielle Unterstützung. Auch personelle Verbindungen existierten, so war z.B. der NABU-Pressesprecher Michael Schroeren vorher Pressesprecher bei den Grünen und wurde 1998 wieder Pressesprecher bei Umweltminister Trittin.

Im Original: Ralf Fücks, Vom Umgang mit Wertekonflikten, in: Evang. Akademie Loccum, 69/1998, Stiftungen und NGOs als Architekten des Wandels, S. 25ff

Auch die Beziehung zu NGOs ist durchaus nicht konfliktfrei. Das hängt sehr stark mit unserer Rolle als Geldgeber zusammen. Wir können viel und voller Empathie über gleichberechtigte partnerschaftliche Beziehungen sprechen, aber es bleibt immer ein Gefälle, ein Machtgefälle, eine strukturelle Ungleichheit zwischen den Geldgebern und denen, die von dieser Finanzierung abhängig sind. ...

Die suchen die Kooperation mit NGOs innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik. Wir suchen sie im Rahmen der von uns definierten Ziele und Schwerpunkte. ...

... Rückfrage von Projektpartnern ... Arbeitet ihr nur noch mit einer ganz schmalen Elite von Partnerinnen aus dem Süden oder aus Europa zusammen, die sich auf einem bestimmten Niveau bewegen und entsprechende Qualifizierung haben? Da meldet sich die Sorge, ob mit einer solchen Ausrichtung nicht vielleicht doch am Ende nur kurzatmige internationale Konferenzdiplomatie gefördert wird, von Seminaren, Konferenzen, Meetings, bei denen man, wie Peter L. Berger sagte, nicht genau weiß, was die eigentlich für eine nachhaltige Wirkung haben gegenüber dieser eher basisorientierten Arbeit, die sich auf Aufbau von zivilgesellschaftlichen Akteuren und Strukturen richtet.

Ganz ähnlich den Umweltschutzverbänden veränderte sich das Verhältnis der grünen Jugendverbände zur Gesamtpartei. Von den Jüngeren kamen ab Mitte der 90er Jahre die weitreichendsten Vorschläge für eine industriefreundliche Politik. Der Parteienwachstum hatte die Gründung und früheren Ziele der Grünen und deren Verhältnis zu außerparlamentarischen Bewegungen nicht miterlebt. Die jungen Grünen treten in eine ganz normale Partei ein und wollen ganz normale Politik machen. Die vom „jüngsten Bundestagsabgeordneten aller Zeiten“ (Matthias Berninger, seit 1994 im Bundestag) angeführte Neoliberalengruppe im Grünalternativen Jugendbündnis (GAJB) entwarf das Papier „STAA/rT 21“, in dem der ökologische Neoliberalismus zum Programm der Grünen gemacht werden soll. Das Papier stieß nur anfangs auf deutliche Kritik einzelner FunktionsträgerInnen und Basisgruppen innerhalb der Grünen und der grünen Jugendverbände.²³ Dann setzten sich diese angepaßten „Öko-Yuppies“ durch.

Im Original: Auszüge aus einem Gespräch von Matthias Berninger mit der Zeitschrift „natur“ 5/95 (S. 93-95)

Auch hat sich unsere Rolle vom Bürgerschreck zum Motor von Reformpolitik gewandelt. ... Ich bin froh, daß wir Grünen nicht mehr den ordnungspolitischen Zeigefinger hochhalten und der Industrie sagen: Ihr müßt die Umwelt schützen. Die wird sich erst dann ökologisch verhalten, wenn es sich rechnet. ...

Auszug aus einer Einladung zur Wahlkampfveranstaltung am 20.2.1998 in Oldenburg unter dem Thema „Agenda 21 – auf dem Weg in ein neues Jahrtausend“

Bündnis 90/Die Grünen wollen mit dieser Veranstaltung aufzeigen, wie das Land Niedersachsen zukunftsfähige Politik im Sinne der Agenda 21 gestalten kann.

Auszug aus einem gemeinsamen Antrag von PDS und Grünen zur Einsetzung einer Enquete-Kommission „Zukunftsfähiges Berlin“ (vom 11.2.1998)

Mit der Enquete Kommission soll der bislang sehr schleppend verlaufende Prozeß der Erarbeitung einer „lokalen Agenda 21 für Berlin“ forciert werden. ...

Ein besonderer Kreis waren die FreiwirtschaftlerInnen (siehe Kap. 3.7) bei den Grünen. Unter dem Titel „Liberalsozialer Arbeitskreis“ hatten sich einige Grünen Mitglieder zusammengefunden, ohne daß ihre Gruppe jemals von den Grünen offiziell anerkannt wurde. Sie gestalteten regelmäßig zusammen mit Personen wie Helmut Creutz, die auch in rechtsextremen Gruppen aktiv sind, die Zeitung „Alternative 2000“, führten Veranstaltungen durch und brachten immer wieder Anträge in Grünenversammlungen ein. Der dem liberalsozialen Arbeitskreis angehörende Michael Rost war Pressesprecher der Fraktion B'90/Grüne in Sachsen-Anhalt.

Die Grünen an der Bundesregierung

Die Wahl zum Bundestag 1998 brachte die Grünen auch dort an die Macht. Damit wurde der politische Wandel in der Partei schnell sehr viel deutlicher als es bisher durch die Politik in Ländern und Kommunen geschah, auch wenn die dortigen Entscheidungen schon zeigten, daß es mit den früheren Zielen nicht mehr weit her war. Die Etablierung der Grünen begann nicht mit ihrer Beteiligung an der Macht, sondern fand dort ihren Abschluß – das Ergebnis war die modernste Partei im Bundestag, reformfreudig vor allem hinsichtlich moderner Wirtschafts- und Sicherheitspolitik, aber ohne Wurzeln in sozialen und ökologischen Themen und Bewegungen. Ohne Skrupel planten Grüne an Kriegen und globalen Märkten mit, an rassistischen Gesetzen und industriefreundlicher Verfahrensvereinfachung, an Überwachungsstaat und Biopolitik. In den ersten Monaten nach der Wahl konnten sie die Anpassung der letzten politisch konträren Positionen zudem ohne Widerstand aus den Umweltverbänden erledigen, da diese im Freudentaumel und in Hoffnung auf Geld und Posten jegliche kritische Begleitung der Koalitionsgespräche unterließen. Erst nach den ersten Schocks der realen Politik nahm die Kritik zu – um dann zur nächsten Wahl 2002 aus taktischen Gründen wieder durch lobende Bilanzen ersetzt zu werden. In diesem Klima setzte sich der Trend der Grünen zur Partei ohne Positionen weiter fort.

– Positionen pro Industrie und Marktwirtschaft: Den Grünen fehlte von Beginn an eine starke sozialpolitische Strömung, die sich z.B. gewerkschaftlich organisierte oder soziale Grundinteressen schützen wollte. Daher ist die Partei in diesem Bereich nicht einmal eine Reformpartei, sondern ähnelt stark der ebenso von sozialen Wurzeln freien F.D.P. Der besondere Schwerpunkt ökologischer Technologie konnte nie darüber hinwegtäuschen, daß die Grünen ein durch und durch neoliberales Programm hatten. Industrie und Markt sind die Grundlage der Zukunftsentwicklung. Ein bedeutendes Beispiel waren die jährlichen Umweltkonferenzen jeweils im Februar in Berlin. Hier trafen sich Grüne Spitzen-

funktionärInnen mit den Chefideologen der großen Konzerne und den Vorsitzenden der Umweltverbände, um neue Ziele und Wege für den Umweltschutz zu erarbeiten – weit weg von den Menschen, von Basis-Umweltgruppen und von irgendeiner Nähe zu Ideen von mehr Mitbestimmung und Transparenz. Themen waren neue Technologien, Kapital für den Umweltschutz (z.B. Geldanlagen) und von oben vermittelte neue Lebensstilmuster für die zu VerbraucherInnen degradierten Menschen.

Das enge Verhältnis zwischen Grünen und Industrie wird auch an der Karriere von SpitzenfunktionärInnen deutlich. Wie aus den Umweltverbänden wechselten auch Grüne in Konzernetagen. So wurde die ehemalige Grünen-Bundessprecherin Gunda Röstel Mitarbeiterin beim Atomkonzern E.on und ist dort jetzt im Rahmen der weltweiten Privatisierung der Wasserversorgung am Aufkauf von Firmen und Verwertungsrechten durch die E.on-Tochter Gelsenwasser beteiligt. Die gleiche Logik liest sich immer mehr in den Lebensläufen grüner SpitzenpolitikerInnen: Wirtschaft, Management usw.

Im Original: Auszüge aus dem sog. „Loske/Röstel-Papier“ zur zukünftigen Umweltpolitik der Grünen²⁴

Während das Verschwinden von Umweltthemen aus den spektakulären öffentlichen Auseinandersetzungen verwundert registriert wird, entfaltet die Umweltidee in einer leisen Revolution Wirkung bis in die letzte Produktionsstätte. ... überwältigenden Erfolg ... In manchen Bereichen sind aus klassischen „Feindbildern“ wie der Chemischen Industrie Vorbilder geworden. ... Wer sind die „Bösen“, wenn nicht mehr die Herstellung in bilderrächtigen Chemieanlagen, sondern die bestimmungsgemäße Nutzung von problematischen Produkten – etwa Agrochemikalien – die Umwelt zunehmend belastet? ... Deshalb sollten wir gezielt das Bündnis mit UnternehmerInnen suchen, die mit Umweltschutz und Ressourceneffizienz international ihr Geld verdienen.

Auszug aus einem Text von ots unter <http://recherche.newsaktuell.de>

Der grüne Fraktionschef Rezzo Schlauch hat einen neuen Vorstoß unternommen, um das Verhältnis seiner Partei zum Auto zu normalisieren. ... Schlauch forderte die Grünen auf anzuerkennen, dass das Auto auch in der Zukunft ein Fortbewegungsmittel bleiben werde.

Auszug aus einem Lob des damaligen BDI-Chefs Hans-Olaf Henkel für die Karriere von Gunda Röstel (Die Zeit, 5.10.2000, Beilage Leben, S. 1)

Gunda Röstel ... zählt jetzt zum Management der deutschen Industrie. ... Ich habe sie immer als faire, mutige und lernbereite Diskussionspartnerin erlebt. Seit ein paar Tagen arbeitet sie für eines der Tochterunternehmen des aus der Fusion von Vebea und Viag entstandenen Eon-Konzerns. Frau Röstel weiß natürlich: Die Eon-Gruppe – einer der größten Stromproduzenten in Deutschland – betreibt auch Kernkraftwerke. Andere Tochtergesellschaften der Gruppen stellen Verpackungen her, produzieren Aluminium und handeln mit öko-steuerbelasteten Mineralölprodukten. ... Hoffentlich laden ihre bisherigen Freunde sie bald ein, um mal mit ihr zu diskutieren, ob die gesellschaftliche Daseinsvorsorge – zumindest bei der Wasserversorgung – auch privat gesichert werden kann. Vielleicht sogar besser? ... Es wäre Deutschland zu wünschen, daß der Schritt von von Gunda Röstel keine Einbahnstraße bleibt. ... Hoffentlich nimmt Minister Trittin sich bald ein Beispiel an ihr.

Auszug aus dem Lebenslauf des grünen Umweltministers von Schleswig-Holstein, Müller

1992 Studium der Volkswirtschaftslehre ... während des Studiums Mitarbeit ... am Institut für Weltwirtschaft (IfW)

Seit 1998 Angestellter bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein

- Atompolitik: Die Atompolitik war wesentliches Themengebiet der Grünen, auf dem sie sich zwei Jahrzehnte seit ihrer Gründung profiliert hatten. Schon bei der Beteiligung an Landesregierungen zeigte sich aber, daß mit dem konkreten Ausstieg unter grüner Führung nichts werden würde. Nur schlecht versteckten grüne MinisterInnen ihr Nichtstun hinter dem Verweis auf die Bundeskompetenz im Atombereich – doch viele Genehmigungen waren Landessache. In der Bundesregierung erteilten die Grünen dem neuen Atomforschungsreaktor FRM II in Garching die Genehmigung²⁵, setzten das größte Aus-

bauprogramm von Atomtechnik seit Jahren durch (Zwischenlager, Kapazitätsausbau der Urananreicherungsanlage in Gronau) und garantierten den Atomkraftbetreibern mit dem sogenannten Atomausstiegsgesetz einen störungsfreien Betrieb der Anlagen bis mindestens Ende 2002 und längstens 2021. Die Atomindustrie feierte den Atomkonsens als Bestandsgarantie und widersprach selbst der CDU, als diese ankündigte, im Falle eines Wahlsiegs 2002 das Gesetz wieder zu ändern.

- Nachhaltigkeit und Modernisierung: Die Grünen stehen mit ihrer Politik für sehr moderne Konzepte der Marktwirtschaft und des schlanken, moderierenden und kontrollierenden Staates. Der grundlegende Diskurs, der diese Ideen transportiert, stärkt, durchsetzbar macht und gleichzeitig verschleiert, ist der der Nachhaltigkeit. Die Grünen beziehen sich offensiv auf diese Debatte und Begriffe wie Agenda 21, Zukunftsfähigkeit usw. In den Texten werden Pro-Markt- und Pro-Industrie-Statements immer wieder mit den Zielen der Nachhaltigkeit vermengt.

Im Original: Auszüge aus dem sog. „Loske/Röstel-Papier“ zur zukünftigen Umweltpolitik

Bündnisgrüne Umweltpolitik ist Nachhaltigkeitspolitik ... Ökonomisch entsteht Nachhaltigkeit aus langfristigen marktwirtschaftlichen Rahmensetzungen, die eine dauerhafte Steigerung der Unternehmenswerte ebenso ermöglichen wie ausgeglichene Staatsfinanzen und existenzsichernde Einkommen. ... Das Leitbild einer nachhaltigen Gesellschaft ist eine neue, sinnvolle Herausforderung für die Industrie, die gerade auf den gesättigten europäischen Märkten Innovationsinvestitionen ermöglicht. Intelligente staatliche Regulierung kann solche Innovationen fördern und so Zukunftsmärkte öffnen. Umwelt- und wirtschaftspolitischer Erfolg liegen dabei eng beieinander. ... Die rationale Bewertung und aktive Unterstützung von zukunftsfähiger technischer Innovation muß ins Zentrum auch der öffentlichen Darstellung von Umweltpolitik gerückt werden.

Auszüge aus einem Bericht von Roland Schnell zur Ökologischen Konferenz der Grünen am 13.2.2000 (in: tarantel Nr. 10, S. 19)

Carl Amery mußte sich unter den jungdynamischen Politprofis wie ein Fossil vorkommen, wie der Öko-Opa, dem man artig für seine tiefgründigen Ausführungen dankt, aber eilig zum Tagesgeschäft übergeht. Der „Mammonismus“ ist für Bündnis90/Die Grünen offenbar nicht, wie ihn Carl Amery, unter Bezugnahme auf den Völkerrechtler William Basset bei einer Theologentagung nannte, „das gewaltigste Raubtier, das die Geschichte je hervorgebracht“, sondern der Stubentiger, an dessen weichen Fell man sich wärmen möchte. Doch dieser Schmusekurs wird nicht aufgehen und es wird ein böses Erwachen im Bauch der Bestie geben.

- Entfremdung von außerparlamentarischer Bewegung: Beim Blick zurück finden sich immer wieder Bezüge auf außerparlamentarische Gruppen. Zwar waren die Grünen von Beginn an nicht der verlängerte Arm von Bewegung, sondern hierarchisch und basisentkoppelt organisiert sowie selbst Mitauslöser der Neuorientierung auf prostaatliche, kanalisierte Protestformen bis zur Reduzierung auf Minimalreformismus oder noch weitergehend Modernisierungsreformen, dennoch hing ihnen lange der Mythos der Bewegungsnähe an. In den 90er Jahren tauschten sich die Mitglieder der Grünen stark aus und Kontakte zu außerparlamentarischen Gruppen verschwanden zumindest auf überregionaler Ebene ganz. Bei den großen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen wie den Kriegseinsätzen gegen Jugoslawien und Afghanistan, der Sicherung und dem Ausbau von Atomanlagen sowie den Globalisierungskämpfen beschimpften Grünen-SpitzenfunktionärInnen regelmäßig die außerparlamentarischen Gruppen und fordern von ihnen veränderte, staatsnahe Konzepte ein. Diese Arroganz traf nur einige Male auf klare Kritik, ansonsten zeugte das Verhältnis von Grünen und außerparlamentarischen Gruppen immer mehr von reinem Desinteresse. Zu Auseinandersetzungen kam es, als Umweltminister Trittin Anfang 2001 die Proteste gegen die Castortransporte als falsch be-

zeichnete und die DemonstrantInnen beschimpfte. Teile der Partei distanzieren sich von Trittin und dem Parteirat.²⁶ Auch die Jungen Grünen machten mit bewegungsarroganten Verlautbarungen von sich reden, in dem sie gemalte Anti-Castor-Parolen kritisierten.

Im Original: Auszüge aus der Meldung der Nachrichtenagentur AFP vom 23.1.2001

Der Aufruf des Grünen-Parteirates an die Mitglieder, keine Proteste gegen Castor-Transporte zu unterstützen, hat zu einer heftigen Diskussion in der Partei geführt. Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) bekräftigte in einem Interview für die neue Ausgabe des Hamburger Magazins Stern, er halte die angekündigten Proteste gegen den im März erwarteten Castor-Transport in das westfälische Zwischenlager Ahaus für politisch nicht gerechtfertigt. ... Die Parteiratsmitglieder Rebecca Herms und Astrid Roth, die am Montag gegen den Beschluss gestimmt hatten, erneuerten dagegen ihre Kritik.

Aus der „Richtigstellung“ der Grünen Jugend Berlin (Unterzeichner: Jan Kellermann) einer Aktion gegen Firmenwagen der Siemens AG, Pressedienst Nr. 59/01 vom 16.3.2001

Die Farbschmiererei lässt außerdem einen verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt vermissen.

Die genannten Positionen sind bei den Grünen durchgehend vertreten. Die letzten sich selbst als „Linke“ oder z.B. AtomgegnerInnen verstehenden FunktionsträgerInnen wirken eher wie eine Folklore und dienen der Akzeptanzbeschaffung bei ehemaligen WählerInnen. Das deutlichste Beispiel ist der seit 1998 zur Bundestagsfraktion gehörende Christian Ströbele, der bei jeder Abstimmungsniederlage zu Atom, Krieg usw. ankündigte, es dieses eine Mal noch versuchen zu wollen – um dann doch immer weiterzumachen. Ende 2001 wurde er bei der KandidatInnenaufstellung zur Bundestagswahl nicht wieder aussichtsreich nominiert und so ohne großes Aufsehen aufs Abstellgleis geschoben. Gleiches wiederfuhr im April 2002 z.B. Winfried Herrmann in Baden-Württemberg – auch dort unterblieb eine klare Analyse, daß die Grünen ihre Umwelt- und FriedenspolitikerInnen schon seit Jahren nur als Köder für ihr altes WählerInnenpotential brauchten und nun fallen ließen, also durch die Beteiligung auf Bundesebene nicht mehr verschleiert werden konnte, daß die Partei nicht mehr für solche Positionen stand.

Die Grünen selbst sehen ihre Arbeit aber positiv – trotz gegenteiliger Bilanzen aus dem Umweltbundesamt, das Umweltminister Trittin untersteht.

Im Original: Auszug aus „Hätten Sie's gewußt?“, Bilanz grüner Regierungsarbeit 1998-2002, S. 2

Im Herbst 1998 sind wir zur Bundestagswahl angetreten mit den Zielen, ökologisch umzusteuern, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und dazu die Steuern zu senken, die Bürgerrechte zu stärken und die Sozialsysteme zukunftsfähig zu machen. Wir haben versprochen, für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung einzutreten und zur Regelung internationaler Konflikte mit zivilen Mitteln beizutragen. Diesen Zielen sind wir auch in der Regierung treu geblieben. Bei manchen Entscheidungen hat man uns mangelnde Glaubwürdigkeit vorgeworfen. Zu Unrecht.

Auszug aus einem Text in der FR, 7.2.2002, S. 1

Staatliche Umweltschützer erteilen ihrem Minister schwache Noten

... Gut ein Telefonbuch dick ist die jüngste Nachhaltigkeitsstudie des Umweltbundesamtes (UBA), und Umweltminister Jürgen Trittin (Grüne) kann sich nicht gerade auf die Schulter klopfen angesichts der Rügen, die seine eigene Behörde verteilt. Bundesregierung und Länder hätten in den vergangenen Jahren zwar „politische Weichenstellungen zu Gunsten einer nachhaltigen Entwicklung getroffen“, heißt es in der Expertise, die „vorherrschende Lebens- und Industrieweise der Industrieländer,“ sei jedoch noch weit von Nachhaltigkeit entfernt und werde sich mit einer Politik wie bisher nicht erreichen lassen.

- Weitere Texte zu Grünen und Berührungspunkten mit Umweltgruppen finden sich im ...
- Kapitel 2 zum Beitrag der Grünen bei der demokratischen Disziplinierung außerparlamentarischer Bewegung,
 - Kapitel 3.7 zu den anfänglichen rechten Tendenzen, u.a. zur Person des Grünen-Gründers Herbert Gruhl und
 - Kapitel 3.11 zu internationalen Trophäenjagd, die auch vom grünegeführten Ministerien unterstützt wird.

Hinzuweisen ist, daß es im Spektrum, das vereinfacht als „Die Grünen“ wahrgenommen wird, einige Gruppen und Wählergemeinschaften auf regionaler Ebene gibt, die zwar so oder ähnlich heißen, aber nicht tatsächlich Untergliederung der Bundespartei der Grünen sind. Sie haben aber meist ähnliche Programme. In einigen Fällen gibt es Abweichungen, vor allem in Richtung einer bewußt linken Politik, dann meist unter Begriffen wie „Bunte Liste“ oder „Alternative Liste“.

Nach der Regierungsbeteiligung der Grünen spalteten sich vielerorts enttäuschte Mitglieder ab – vor allem im Zuge der Kriegsbeteiligung Deutschlands im Kosovo. Allerdings zeigte sich auch hier der entstandene große Abstand zwischen Grünen und politischer Bewegung. Kaum einE AussteigerIn bei den Grünen fand den Weg in politische Gruppen, viele bastelten an neuen Parteien und hofften auf eine erneute parlamentarische Chance.²⁷ Andere wechselten zur PDS und propagierten diese als neue Hoffnung, obwohl die bereits in Koalitionen auf Landesebene zeigte, daß von ihr keine emanzipatorischen Impulse zu erwarten sind.

3.10.2 Die ÖDP²⁸

Ohne die Grünen wäre die Ökologisch-Demokratische Partei nicht denkbar. Ihre Vorläufer gehen sogar auf die Zeit vor den Grünen zurück, denn es waren vor allem die konservativen Kreise um Herbert Gruhl, dem ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten, die die Gründung einer umweltschutzorientierten Partei vorantrieben. Sie versuchten das Mitte der 70er Jahre im BUND. Gruhl war ein Jahr Bundesvorsitzender und plante von dort, den BUND zu einer Partei zu machen oder mit Hilfe des BUND eine Partei aufzubauen, z.B. in Kooperation mit der vor allem in Bayern starken Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD). Gruhl scheiterte im BUND, nahm die Mitgliederkartei mit, gründete mit dieser die Grüne Aktion Zukunft (GAZ) und schließlich in einem breiteren Bündnis die Grünen (siehe Kap. 3.2.1, 3.7 und 3.10.1). Lange hielten es Konservative und Linke dort aber nicht zusammen aus, Gruhl und das konservative Umfeld verließen die Partei. Ende 1981 bereits erfolgte die Gründung der ÖDP, im Frühjahr 1982 wurde die Satzung beschlossen. Stellvertreter des Vorsitzenden Gruhl wurde Baldur Springmann. Mehrfach in Ämtern der ÖDP fanden sich Mitglieder des Weltbund zum Schutze des Lebens. So war Werner Georg Haberbeck, der rechtsextreme Führer des Weltbund zum Schutze des Lebens (siehe Kap. 3.7), ebenso Mitglied des beratenden „Ökologischen Rates“ wie Joachim Illies und Konrad Buchwald²⁹, zwei ebenfalls in braunen Kreisen aktive Wissenschaftler. Buchwald wurde später auch Mitglied des ÖDP-Bundesvorstand und Spitzenkandidat des ÖDP-Ablegers „Die Weißen“ in Niedersachsen.

Das Profil der Partei war entsprechend konservativ bis rechtsgerichtet. Neben einem in Umweltschutzfragen recht radikalen Programm fanden sich bei den Menschenrechten klassische Forderungen aus dem rechten Spektrum: Begrenzung der AsylbewerberInnenzahlen,

Schutz des ungeborenen Lebens durch Einschränkung der Selbstbestimmung von Frauen usw. In Äußerungen außerhalb des offiziellen Parteiramens machten die Spitzenfunktionäre, insbesondere Herbert Gruhl, noch deutlicher, wo sie politisch stehen. Die ÖDP erhielt so Stück für Stück und berechtigterweise den Ruf, eine rechtsextreme Ausrichtung zu haben.

Im Original: Auszüge aus dem 1982 verabschiedeten, inzwischen nicht mehr gültigen Grundsatzprogramm (S. 3)

Abschnitt „Der ganzen Welt und dem Frieden verpflichtet“ ... Die Flucht dieser Bevölkerungen in dicht besiedelte Regionen – darunter nach Europa – ist ein ökologisch katastrophaler Vorgang. Da auch Überbevölkerung die ökologischen Grundlagen und den Frieden bedroht, befürworten wir weltweite Maßnahmen zur Familienplanung.

Unter Punkt 2 des 1986 verabschiedeten 10 Punkte Papieres „Ökologisches Gleichgewicht und Bevölkerungsdichte“³⁰

Die Bundesrepublik gehört zu den am dichtesten besiedelten Ländern der Erde und kann aus diesem Grunde mit Sicherheit kein Einwanderungsland sein. Störung des ökologischen Gleichgewichts und die Zerstörung natürlicher Lebensräume gehen mit der Bevölkerungsdichte Hand in Hand. Der positive Effekt einer Entlastung der Bevölkerungsdichte durch Verminderung der Geburten darf aber auch nicht durch Zuwanderung von außen wieder beseitigt werden.

Die klaren, rechten Positionen und Kontakte führten zu heftiger Kritik in der Öffentlichkeit, aber auch zu parteiinternen Auseinandersetzungen. Die Zahl derer, die die rechten Positionen der Bundesführung angriffen, wuchs an und erreichte 1989 die Mehrheit. Der Bundesparteitag im Februar in Saarbrücken fällte einen Abgrenzungsbeschluss zu rechten Gruppen und Positionen. Herbert Gruhl hatte diesen Beschluss nachdrücklich bekämpft und verloren. Nach dem Beschluss schieden viele aktive Rechte aus der ÖDP aus. Einige wechselten zu den Republikanern, andere, darunter Herbert Gruhl und Baldur Springmann, gründeten die Unabhängigen Ökologen Deutschlands,²⁸ die nicht mehr als Partei arbeiteten, aber nun ungeschönt rechte Positionen vertraten und versuchten, über Kooperationen und Öffentlichkeitsarbeit rechtes Gedankengut zu verbreiten (siehe Kap. 3.7).

Im Original: Auszug aus dem ÖDP-Beschluss zur Abgrenzung von rechten Gruppen

Wer im Bereich der Republikaner oder gar der NPD oder DVU für uns werben wollte, müsste Positionen vertreten, die unserem Grundsatzprogramm fremd sind. ... Ein Parteimitglied, das die Themen Nationalbewusstsein, Patriotismus oder Deutschtum zu politischen Schwerpunkten macht, handelt nicht nach dem Grundsatzprogramm der ÖDP. Er gibt vielmehr diesen Themen einen ähnlichen Rang wie die Rechtsparteien. Damit entstellt es das Bild der ÖDP in der Öffentlichkeit und fügt ihr großen Schaden zu. Ein solches Mitglied sollte sich eine politische Heimat außerhalb der ÖDP suchen.

Innerhalb der ÖDP kam es nach dem Abgrenzungsbeschluss noch zu einigen vergeblichen Versuchen, rechte Ideologien wieder zu stärken und den Trend umzudrehen. Die Versuche aber scheiterten. Nur einige Arbeitskreise in der ÖDP beziehen weiter rechte Positionen in Anträgen, Papieren oder Statements z.B. gegen die Selbstbestimmung der Frauen in Sachen Schwangerschaftsabbruch.³¹

Im Original: Bericht eines Vortrages auf dem ÖDP-Landesparteitag Baden-Württemberg am 13.10.2001, in: Ökologie & Politik 1/2002, S. 30

„Wo Unrecht nicht bewußt ist, kann keine Einsicht für Strafwürdigkeit erwartet werden.“ Zunächst müssten Maßnahmen getroffen werden, die das Unrecht, das eine Abtreibung darstelle, als solches wieder bewußt mache:

Beratung in ihrer besonderen Lebenslagen solle allen Schwangeren selbstverständlich weiter angeboten werden, jedoch ohne Ausstellung eines Scheins, der die Abtreibung „legalisiert“. Abtreibungen sollen nicht länger zum Leistungskatalog normaler Krankenhäuser und Ärzte gehören, sondern sollen ausschließlich von darauf spezialisierten und ausgewiesenen Privatpraxen angeboten werden.

Abtreibungen können dann auch nicht mehr wie seither über die Krankenkassen bzw. durch Erstattung aus Steuermitteln der Länder finanziert werden. (Ausnahme: Empfangsberechtigte von Leistungen der Sozialhilfe)

Vom Hauptvorschlag abweichender Antrag zum neuen ÖDP-Parteiprogramm, Quelle: Delegiertenunterlagen zum Parteitag 13./14.4.2002 in Halberstadt, S. 27

Nach Abschluss der ärztlichen Beratung muss die Schwangere durch Unterschrift bestätigen, darüber informiert worden zu sein, dass die beabsichtigte Abtreibung „die wissentliche und willentliche Vernichtung menschlichen Lebens darstellt“ (Zitat Margot Renesse, MdB SPD ...)

Zur Abtreibungsfrage aus dem Hauptantrag zum neuen ÖDP-Parteiprogramm, Quelle: Delegiertenunterlagen zum Parteitag 13./14.4.2002 in Halberstadt, S. 27

Die Abrechnung dieser Leistung erfolgt grundsätzlich privat.

Aus dem Änderungsantrag des BAK Christen & Ökologie zum neuen ÖDP-Parteiprogramm, Quelle: Delegiertenunterlagen zum Parteitag 13./14.4.2002 in Halberstadt, S. 128

Dabei kann lediglich die Abwägung zwischen gleichrangigen Gütern (Leben der Mutter – Leben des Kindes) anerkannt werden.

Ex-ÖDP-Bundesvorsitzender Hans-Joachim Ritter im Interview der Ökologie&Politik März 2002, S. 24

Innerparteilich sollte eine geistige Rückbesinnung mit den Ursprüngen der ÖDP stattfinden. Eine Rückbesinnung auf unsere Wurzeln wäre angebracht. Man muss anerkennen, dass Herbert Gruhl in seinen Büchern das geistige Fundament für die Partei gelegt hat.

Weitere Beispiele

In der Ökologie&Politik März 2002 kommt auf S. 14 auch der biologische Tierrechtler Helmut F. Kaplan zu Wort. In der Schrift „20 Jahre ÖDP“ schreibt Franz Alt das Vorwort und bezieht sich mehrfach positiv auf den rechten ÖDP-Gründer Herbert Gruhl.

Durch den Austritt maßgeblicher Rechter, durch den Sprung in Kommunalparlamente vor allem in Bayern, durch die Beteiligung an Bündnisaktivitäten im Umweltschutz oder in der Weltwirtschaftspolitik nahm die ÖDP in den 90er Jahren immer mehr eine Position in der politischen Mitte ein. Sie näherte sich damit auch den Grünen an, die in den 80er Jahren vor allem linke Positionen vertraten und sich von dort in die Mitte bewegt hatten. Gäbe es nicht die unterschiedliche Geschichte und weiterhin den Vorwurf rechtsextremer Gedanken und Ziele an die ÖDP, einer Fusion stände wenig im Weg. Das bewies auch ein Briefwechsel zwischen Grünen und ÖDP in Bayern, wo die Landesverbände eine intensive Zusammenarbeit sondierten.

Im Original: Auszug aus der Süddeutschen Zeitung, 30.10.1999

Bayerns Grüne knüpfen Kontakte zur konservativen Konkurrenz, der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Parteispitze von Bündnis 90/Die Grünen hat der bayerischen ÖDP vorgeschlagen, gemeinsam die Möglichkeit für künftige Wahlbündnisse auszuloten. „Wir sind der Überzeugung, dass Ökologinnen und Ökologen ihrer Sache mehr nützen, wenn sie geeint marschieren und schlagen“, heißt es in einem Brief an den ÖDP-Landesvorstand, den die grünen Landesvorsitzenden Margarete Bause und Jerzy Montag verfasst haben. Die ÖDP will die Offerte annehmen. ... Der ÖDP-Chef selbst plädiert für einen völligen Neuanfang seiner Partei. Ihm schwebt ein breites Bündnis aus ökologisch orientierten Freien Wählern, ehemaligen CSU-Umweltpolitikern und ÖDP-Mitgliedern vor.

Auszug aus dem Brief der Grünen-Landesvorsitzenden an die ÖDP, 26.10.1999

Unsere Parteien haben sich in der Zeit ihres Bestehens erheblich verändert. An Meinungsunterschieden und ihrer hochemotionalisierten Austragung sind als Stichworte im Gedächtnis hängengeblieben: Ausländer- und Asylpolitik, Familien- und Frauenpolitik, Rechts- und Sicherheitspolitik. Sowohl in der konkreten politischen Praxis als auch durch kritisches Studium der vorliegenden Programme

unserer Parteien ist unserer Auffassung nach zu überprüfen, ob die gegenseitigen Vorbehalte weiterhin durch tatsächliche Differenzen in der Sache getragen werden. Dabei wagen wir die Prognose: die Unterschiede zwischen Bündnis 90/Die Grünen und ÖDP sind heute bei weitem nicht mehr so groß, wie sie scheinen und als liebgewonnene gegenseitige Vorurteile sorgsam gepflegt werden.

Unklar ist, wieweit noch immer rechte Kreise in der ÖDP aktiv sind bzw. welchen Einfluß sie auf die tatsächliche Politik haben. Die ÖDP verfolgt nach wie vor keine emanzipatorische Politik, mit „linken“ Gruppen kommt es nur dann zu Übereinstimmungen, wenn der Blick ausschließlich auf Sachfragen des Umweltschutzes gelenkt wird oder die Umweltschutzgruppen selbst die Frage der Menschenrechte und der Gleichberechtigung ausblenden, was ja bei den etablierten Verbänden und auch bei den Grünen immer häufiger geschieht. Die ÖDP ist bündnisfähiger geworden, weil sie selbst rechtes Gedankengut abgelegt oder besser verborgen hat, und weil die BündnispartnerInnen aus den Umweltverbänden und bei den Grünen sich konservativen oder bürgerlichen Positionen angenähert haben. Die Folgen sind klar: Sollte die ÖDP politisch wichtiger werden, wird ihr Einfluß auf die Umweltbewegung wachsen, denn der Mangel an politischen Positionen in der Umweltbewegung macht leichter, was früher an klaren Abgrenzungskriterien scheiterten. Rechtsextreme Gedanken trägt die ÖDP nicht mehr hinein, weil diese in der ÖDP bedeutungslos geworden sind. Konservatives oder Gedankengut der bürgerlichen Mitte dagegen ist in der Umweltbewegung selbst schon reichlich vorhanden. Auch in den Parlamenten sind kaum große Veränderungen durch die ÖDP zu erwarten. Ob die ÖDP überhaupt überleben wird, ist offen. Die Grünen haben sich den bürgerlichen Positionen inzwischen soweit angenähert, daß für eine konservativ ökologische Partei kaum Platz bleibt. Das kann das allmähliche Verschwinden oder die Fusion mit den Grünen über Zwischenstadien wie Fraktionsgemeinschaften und gemeinsame Aktivitäten nach sich ziehen.

Im Original: Beispiel für typische Positionen der gesellschaftlichen „Mitte“ (pro Markt und Staat) aus Ökologie&Politik, Juli 2001, S. 4

Unabhängig von den Fehlern, die bei Friedenseinsätzen der Bundeswehr in der Vergangenheit gemacht wurden, sollte zu Beginn der Positionsfindung eine Einsicht in die Notwendigkeit der Streitkräfte und deren Bedeutung bei friedenssichernden Maßnahmen der Vereinten Nationen stehen. ... endlich die dringend notwendige technische Modernisierung möglich ... kann der Bereich Verteidigung ein wichtiger Baustein des europäischen Hauses werden.

Text auf der Rückseite eines Kindermalbuches der ÖDP

Nachhaltigkeit ist der Grundgedanke unserer politischen Arbeit ...

Die Grundlage dafür sehen wir in einer sauberen und gut funktionierenden Demokratie.

Zur Ökosteuer aus dem Hauptantrag zum neuen ÖDP-Parteiprogramm, Quelle: Delegiertenunterlagen zum Parteitag 13./14.4.2002 in Halberstadt, S. 64 und 69

Unternehmen, die nachweisen, dass sie mehr Steuern auf Primärenergie zahlen, als sie von der Steuerentlastung auf den Faktor Arbeit profitieren, sollen von dem Differenzbetrag einen jährlich sinkenden Anteil zurück bekommen.

Position pro Markt (zur Globalisierung) aus gleichem Dokument

Es müssen ... marktkonforme Steuerungsmechanismen ... entwickelt werden.

Ex-ÖDP-Bundesvorsitzender Hans-Joachim Ritter im Interview der Ökologie&Politik März 2002, S. 24

Die ÖDP hat von Anfang an auf die Marktwirtschaft gesetzt.

3.10.3 PDS

In der Partei des demokratischen Sozialismus fristen Ökologiefragen ein Randdasein. Jahrelang waren zudem die seltenen Umweltschutzaktivitäten aus Vorstand und Fraktionen getrennt von der Ökologischen Plattform (ÖPF) innerhalb der Partei. Letztere war esoterisch ausgerichtet mit starker Sympathie für antiemanzipatorische Ökologievordenker wie Rudolf Bahro oder Themen wie die Tiefenökologie.

Im Original: Auszüge aus der ÖPF-Zeitung tarantel Nr. 10 (Jahr 2000)

Die gegenwärtige Wirtschaftsverfassung muß Stück um Stück verändert werden und zugleich brauchen wir einen kulturell-seelischen Wandel in den Individuen selbst, wie ihn Rudolf Bahro kenntlich gemacht hat. ... Die erforderliche menscheitsgeschichtliche Umwälzung, die mit einer Revolution der Arbeit einhergeht, beginnt in der Seele des Menschen. Hier ist der Sitz der verschiedenen Interessen und Bedürfnisse. (S. 5)

Nur bei einem auf Subsistenzwirtschaft gegründeten Lebensstil freiwilliger Einfachheit und sparsamer Schönheit können wir uns, wenn wir außerdem unsere Zahl begrenzen, auf der Erde halten. Rudolf Bahro (S. 27)

Zu den Plänen für ein neues Holocaustdenkmal in der gleichen Schrift

Marko Ferst: Einspruch

Ein weiteres mal will man gedenken ... aber denkt ihr auch an jene, die noch gar nicht tot sind, es aber bald sein werden, weil Hunger nicht wartet ... und denkt ihr auch an jene, die noch gar nicht geboren sind, wie wir sie ins offene Messer laufen lassen und sind wir nicht schon das Betriebspersonal des neuen „Auschwitz“?

Im Gegensatz zur Ökologischen Plattform verfolgten die wenigen UmweltpolitikerInnen in Vorstand und Fraktionen einen Weg der Anpassung an die Ökologiekonzepte der politischen Mitte. Sie bezogen sich positiv auf Agenda 21, Nachhaltigkeit und marktwirtschaftliche Mittel wie Steuern usw. – Anfragen und kritische Hinweise auf den autoritären Charakter dieser Konzepte beantworteten sie gar nicht.

Diese offizielle Parteilinie wurde von der ÖPF wiederum zeitweise kritisiert, allerdings hatte die ÖPF nur wenig Einfluß. 2001 schieden wichtige ÖPF-Aktive aus, vor allem ihr esoterischer und Bahro-orientierter Vordenker Marko Ferst. Seitdem ist die ÖPF stärker an der Parteilinie orientiert, also ein typischer Diskussionskreis ökoneoliberaler Konzepte.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Internationales (BAGI) ließ in der Vorphase der Expo 2000 eine Studie erstellen, um Argumente im kritischen Umgang mit der Veranstaltung zu haben. Die ablehnende Haltung zu Expo in dieser Studie paßte der PDS-Parteiführung allerdings nicht in ihre neoliberale Ausrichtung – sie ließ die Studie verschwinden.³²

Insgesamt ist die Umweltpolitik der PDS auf marktwirtschaftliche Lösungen ausgerichtet und daher keine Alternative zur herrschenden Umweltpolitik.

3.10.4 SPD-UmweltpolitikerInnen

In der SPD sind UmweltpolitikerInnen ebenfalls zur Randgruppe geworden. Vor der Bundestagswahl 1998 waren noch breite Kampagnen für eine ökosoziale Umgestaltung geplant, nach der Wahl setzte sich die neoliberale Orientierung Gerhard Schröders in vollem Umfang durch. Nicht einmal mehr die Nachhaltigkeitsdebatte wurde offensiv weitergeführt, obwohl sie keinen Widerspruch zu neoliberalen Zielen darstellte. Die SPD-UmweltpolitikerInnen waren weitgehend kaltgestellt. Eine Ausnahme stellte Hermann Scheer dar, der sein Projekt einer massiven Förderung regenerativer Energien durchsetzen konnte. Andere wie

Michael Müller, der gleichzeitig auch Chef der Naturfreunde und DNR-Präsidiumsmitglied war, und Ulrike Mehl waren weitgehend abgemeldet.

Gleich zu Beginn der rotgrünen Koalition zeigte Kanzler Schröder auch, wo es langgehen sollte, als er Umweltminister Trittin anwies, in der EU-Umweltministerrunde gegen eine Verordnung zum Altagorecycling zu stimmen. Trittin unterwarf sich dem gegen seinen Willen. Wo Ökologiekonzepte den Neoliberalismus voranbrachten, gab es dann Einstimmigkeit in der Regierung – z.B. beim Klimaschutz.³³

3.10.5 Ökologische Linke (ÖkoLi)

1990 erfolgte die Abspaltung der als „Fundis“ stigmatisierten Gruppen und Personen aus den Grünen. Unter Führung von Jutta Dittfurth und weiteren Personen aus dem engeren Kreis um Jutta Dittfurth kam es 1990/91 zu spektakulären Auseinandersetzungen, in deren Verlauf eine größere Anzahl von Grünen-Mitgliedern die Partei verließ und in zwei aufeinanderfolgenden Kongressen eine neue Partei gründete, die „Ökologischen Linken“.³⁴ Dabei war zunächst umstritten, ob die neue Organisation eine Partei oder eine linke Bewegung werden sollte. An der Gründung beteiligten sich auch aktive Personen aus außerparlamentarischen linken Gruppen, in Bonn und Berlin entstanden durch diese schnell Basisinitiativen der Ökologischen Linken. Dittfurth und Umfeld aber hatten kein Interesse an offenen Strukturen und drückten mit dirigistischen Methoden ihren Stil durch. Bei der Gründungsversammlung erhielten nur die Stimmrecht, die über die Adresse von Jutta Dittfurth Mitglied geworden waren, obwohl bei Gründungsversammlungen formal alle Stimmrecht haben. Vor allem die schon bestehenden Basisgruppen Bonn und Berlin waren damit stimmrechtslos geworden, denn sie hatten sich bereits intern organisiert und warben Mitglieder über eigene Kontaktadressen. KritikerInnen des von Dittfurth geplanten, zentralistischen Organisationsmodells wurden als von der SPD bezahlte Spitzel zur Verhinderung einer neuen Partei oder als „anarchotrotzkistische Revisionisten“ beschimpft.³⁵ Nachdem eine knappe Mehrheit der Stimmberechtigten einem zentralistischen Organisationsmodell und der Gründung als Partei zustimmten, verließen ca. 40 Prozent der Anwesenden den Raum. Sie diskutierten über die Gründung eines linken Aktionsbündnisses, zwei Kongresse in Berlin (13.-15.2.1992) und Halle folgten, jedoch reichte die Kraft nicht, um gemeinsame Aktivitäten zu entfalten. Zudem versuchten auch in diesem neuen Bündnis wieder einzelne Personen, die Macht an sich zu reißen und bekämpften die, die sich für bewußt offene Strukturen aussprachen.³⁶

Im Original: Auszüge aus dem Gegenantrag verschiedener Projektwerkstätten bei der Gründung der Ökologischen Linken

Wer etwas anderes will, muß auch etwas anderes machen! ... Der Satzungsentwurf der ÖkoLi/AL baut starke Hierarchien und Bürokratie auf. Die Satzung ist vollständig neu zu fassen, damit tatsächlich ein Netzwerk der mit gleichen Ideen arbeitenden Initiativen entstehen kann, das viele Möglichkeiten der Tätigkeitsbereiche aufweist, unter denen einer der der Partei- und Parlamentsarbeit ist.

Mit dem Beschluß der Parteigründung in zentralistischen Strukturen schnitten sich die Ökologischen Linken selbst von möglichen UnterstützerInnen ab und wurden schnell zu einer bedeutungslosen Randgruppe. Einzelne Versuche, als Partei auf Stimmenfang zu gehen, scheiterten, z.B. in Frankfurt gemeinsam mit der PDS.³⁷ Einzig die Zeitung „ÖkoLinX“ konnte als kritische Stimme in der linken und Umweltbewegung eine gewisse Bedeutung

erlangen, erschien aber Ende der 90er Jahre nur noch unregelmäßig und dann gar nicht mehr. Jutta Dittfurth selbst blieb als Buchautorin und Referentin begehrt, konnte darüber auch Menschen erreichen, Zuwächse für die Ökologischen Linken gab es aber kaum. Spaltungen auch nach erfolgter Gründung standen dem gegenüber. Emanzipatorische Politik, also eine Politik, die Jutta Dittfurth selbst immer einforderte, aber mit ihrer Organisationsstruktur mit Füßen trat, war mit der Ökologischen Linken nicht zu machen. Vielmehr entwickelte sich die ÖkoLi zu einer der letzten Gruppen des alten antiimperialistischen Spektrums, d.h. solcher Gruppen, die alle Probleme dieser Welt auf das Machtinteresse weniger westlicher Staaten zurückführten.

Im Original: Auszüge aus der Schrift „Was Sie schon immer über das Scheitern der Ökologischen Linken wissen wollten, aber Jutta Dittfurth nicht zu fragen wagten!“ von etlichen Ex-ÖkoLi-FunktionärInnen vor allem aus dem LandessprecherInnenrat in Hessen³⁸

In der Ökologischen Linken wird seit ihrer Gründung durch die informelle Machtzentrale um Jutta Dittfurth und Manfred Zieran jeder Versuch einer pluralen Diskussion linksradikaler Ansätze im Keim erstickt. ... Entgegen allem Gerede von Basisdemokratie, mit dem zu Recht die GRÜNEN kritisiert worden waren, setzt die Parteiführungsoligarchie um Jutta Dittfurth, Manfred Zieran und Jan Kuhnert strikte Hierarchisierung durch. ... Die ÖkoLi ist die ideale Verbindung von leninistischen Strukturen und basisdemokratischen Gerede. ... Ihre Massensorientierung, das Schielen nach der PDS bei gleichzeitiger Ausgrenzung von linksradikalen Debatten ...

Viele derer, die Jutta Dittfurth mit ihrer wichtigen und radikalen Kritik ansprach, waren offenbar nicht bereit, sich in die hierarchistischen Strukturen einbinden zu lassen. Zudem führte das arrogante und herrschsüchtige Auftreten von ÖkoLi-VertreterInnen in linken Bündnissen immer wieder zu Spaltungen. Höhepunkt war das linksradikale Bündnis zur Vorbereitung der Aktionen zum Kölner EU- und Weltwirtschaftsgipfel im Juni 1999.³⁹ Ausschlußanträge und die für die ÖkoLi typischen Beschimpfungen von KritikerInnen der ÖkoLi-Vorschläge (wahlweise als „FaschistInnen“, „SPD-Kolonie“ oder auf andere Art) ließen das Bündnis von über 70 Personen auf unter 10 schrumpfen.⁴⁰ In der auf Köln folgenden Kampagne gegen die Expo 2000 wurde den ÖkoLi-VertreterInnen mehr Widerstand entgegengebracht und die Entstehung hierarchischer Führungsgruppen verhindert. Die ÖkoLi versuchte daraufhin, eine eigene Mobilisierung, was mißlang. Aus anderen Bündnissen wurden ÖkoLi-VertreterInnen sogar ausgeschlossen.⁴¹

Ein Höhepunkt der öffentlichen Denunziation anderer Gruppen sowie ein starker Verlust von Glaubwürdigkeit war die Kooperation von Jutta Dittfurth mit der rechtslastigen und sexistischen Zeitung „Neue Revue“. Dittfurth schrieb hier eine Serie mit Kritik an den Grünen. Die einzelnen Texte fanden sich zwischen Nacktfotos, sexistischen Beiträgen, Niedermache der Wehrmachtsausstellung und Enthüllungen, daß der Klimawandel gar nicht stattfindet. Dittfurth wehrte sich wiederholt öffentlich gegen Kritik an ihrer Serie – dabei war sie es in den Jahren vorher selbst, die ständig andere PolitaktivistInnen angriff, wenn diese auch nur mit reformistischen Partnern kooperierten. Jetzt wechselte Dittfurth komplett die Seite – und plötzlich bezeichnete sie das als Erfolg.⁴²

Im Original: Auszüge aus den Neue-Revue-Ausgaben, in denen auch Dittfurths Texte erschienen
Wehrmachtsausstellung – gelogen, gefälscht, geschwiegen ... Also doch! Die umstrittene Informationsschau der deutschen Nachkriegsgeschichte ist in Wirklichkeit eine verlogene Propagandaveranstaltung aus kommunistischen Quellen (28.10.1999, S.10).

Deutschland, Teuerland. Die Folgen spüren wir täglich. Konzern wandern ab, Fabriken werden geschlossen, Jobs gestrichen. Jetzt hat das Standort-Problem sogar die deutschen Gefängnisse er-

reicht. Jeder Knacki kostet laut Justizbehörde Hamburg täglich 202,85 Markt. ... Zum Vergleich ein Blick nach Polen: Dort kostet jeder Häftling 20 Mark. (S. 26)
 NEUE REVUE-Enthüllung. So bezaubernd sieht Inga von vorn aus – bisher kannten wir nur ihre süße Rückseite. (S. 40)
 Superknappe Blusen zeigen alles. ... Oh, la, la – das wird heiß! (4.11.1999, S. 8)
 Wenn die englische Geister-Jägerin Julie Hunt nicht geschummelt hat, sehen Sie rechts das 1. Foto eines Gespensts. (S. 9)
 Ina im Studio ... der Fotograf: „Ja, ja, so ist gut, Ina!“ Das Kruzifix pendelt über 102cm prallem Leben. (S. 29)
 Country-Queen Shania Twain (34) – Und so was wächst im Urwald auf (S. 69).

Auch die Kritiktexte an den Grünen selbst waren niveaulos. Ditfurth paßte sich der sonstigen Qualität der Zeitung an und lieferte statt politischer Analyse Stammtisch-Informationen aus den Niederungen politischer Auseinandersetzungen.
 Noch weiter ging Ditfurth mit ihrem letzten Beitrag. Darin kritisierte sie nicht mehr die Grünen (die Serie war abgeschlossen), sondern über die Neue Revue ihre KritikerInnen. Nur die Vasallentreue ihrer AnhängerInnen verhinderte, daß Ditfurth seitdem keine Chance mehr hat. Wer in einem rechten Sexblatt innerlinke Angriffe startet, müßte normalerweise danach als Bündnispartner abgewiesen werden. Jedoch zeigte sich, wie hierarchisch und autoritätsgläubig „linke“ politische Gruppen sind. Ditfurth kann auch heute noch vielerorts als Rednerin auftreten, meist für hohe Honorare.

Quellen zu 3.10

- 1 Quellen zur Geschichte der Grünen: Richard Meng, 1993, „**Links der Mitte**“, Schüren, Marburg. Joachim Raschke, 1991, „**Krise der Grünen**“, Schüren, Marburg. Günter Olzog/Hans J. Liese, 1989, „**Die politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland**“, Olzog, München, Joachim Raschke, 2001, „**Die Zukunft der Grünen**“, Campus Frankfurt.
- 2 Zum Vergleich: Der BUND war zur Zeit der Anti-Atom-Kämpfe noch gar nicht bundesweit existent und äußerte sich 1969 positiv zur Kernenergie; über die Grünen redete niemand.
- 3 Diese Idee ist quasi eine Öko-Variante der (ebenfalls gescheiterten) Überlegung der 68er-Bewegung, über die Mitwirkung in Gremien und Verwaltungen die Gesellschaft zu verändern.
- 4 Georg Otto, 1997, „**Es begann vor 20 Jahren**“, in: **Alternative 2000 Nr. 22** (S. 6).
- 5 Gewählt einige Monate nach der Gründung als Nachfolger des ebenfalls rechtslastigen Bodo Manstein.
- 6 Erst nach den bundesweiten Wahlerfolgen kam es zur Vereinheitlichung, weil Parteien, die der Gesamtpartei nicht angehörten, weniger Finanzmittel, kaum noch überregionales Medienecho und daher auch kaum Wahlchancen hatten.
- 7 Sogar die Nazis hatten eine solche Ideologie, schufen das erste Naturschutzgesetz und setzten Behörden ein, die die Landschaft bewahren sollten. Der Schutz der Natur paßte zum völkisch heimatbezogenen Begriff des Vaterlandes.
- 8 Weder die Rechten um Herbert Gruhl noch die Realos mit Joschka Fischer als Spitzenfigur oder die Linken mit Jutta Ditfurth waren darum bemüht, die Grünen weiter als Teil der hauptsächlich außerparlamentarischen Opposition zu sehen. Alle waren auf die Parlamente fixiert.
- 9 Erfolge verändern Image. Die Grünen wurden zu einer attraktiven Partei mit eigener Anziehungskraft auf politisch interessierte Menschen und auf KarrieristInnen. Statt, wie in der Gründungszeit, die aktiven Mitglieder vor allem aus Bls und anderen Umweltgruppen zu gewinnen, entstand nun eine eigene Parteilinie ohne Bezug zu außerparlamentarischen Gruppen, weil die neuen Mitglieder diese Arbeitsform nicht mehr selbst kannten.
- 10 Kaum eine andere der etablierten Bundesparteien hat eine so unumschränkt herrschende Führungsfigur wie die Grünen. Kritik an Fischer ist seit etlichen Jahren nur noch auf Basisversammlungen laut geworden, die Fraktion im Bundestag tritt seit Jahren bemerkenswert geschlossen auf.
- 11 Wer Mitglied in einer Fraktion ist, konnte nicht auf der selben Ebene (Bund, Land, Kreis, Gemeinde) im Vorstand der Grünen tätig sein. Dadurch sollte eine Unabhängigkeit der Partei von den Fraktionen gesichert werden.
- 12 Quellen zur Ostgeschichte: Mündliche Mitteilungen von MandatsträgerInnen in Ostländern.
- 13 So der BUND -Bundesverband zur SPD, der bayrische BN zur CSU (bis 1986). Im DNR saßen mit dem Präsidenten Engelhardt (CSU), dem langjährigen Vize Reinhard Sander (SPD), dem jetzigen Präsidenten Weinziel und dem Beisitzer Müller (SPD) ebenfalls Mitglieder anderer Parteien.
- 14 Die Aussage führte zum Ausstieg von Prof. Bernhard Grzimek aus dem DNR. Quelle: „**natur**“ 6/83, S. 37.
- 15 Seit Herbst 1997 ist der grüne Hubert Wimper Polizeipräsident von Münster, zuständig auch für Ahaus.

- 16 Die Grünen in Hessen, schon seit Mitte der 80er Jahre an der Macht beteiligt, machten alle typischen Stufen der Etablierung durch. Nach der schnellen Ausrichtung auf die „Realpolitik“ (erster grüner Minister wurde 1986 der „Oberrealo“ Joschka Fischer unter Ministerpräsident Holger Börner, der wenige Jahre davor noch mit dem Durchprügeln der Startbahn West zur Entstehung der Grünen beigetragen hatte) saßen sie seit 1991 fest in Regierungsämtern, 1995 bis 1999 sogar in einem der zentralen Ministerien (Justizminister Rupert von Plottnitz). Seit Anfang der 90er Jahre betreiben die Grünen Filzpolitik, d.h. sie sorgen dafür, daß ParteifreundInnen auf leitende Verwaltungsstellen kommen. Mitte bis Ende der 90er Jahre mußten dann zweimal grüne Ministerinnen (Iris Blaul und Margerethe Nimsch) zurücktreten, weil sie klassische Vetternwirtschaft betrieben hatten. Die nächste Stufe wird sein: Sie werden lernen, das so zu tun, daß es nicht auffällt.
- 17 Die Basisgruppen konnten leicht einen radikaleren Kurs einfordern, weil sie selbst nicht in der politischen Verantwortung standen und den Zwängen ausgesetzt waren.
- 18 Bemerkenswert ist das Datum. Fischer war schon 1992 nicht mehr auf konsequentem Ausstiegskurs.
- 19 Zusammenfassung in: **KGV-Rundbrief 4/94**, S. 22-28.
- 20 Redetext als **Pressemitteilung der CDU/CSU-Fraktion** vom 19.9.1997.
- 21 Loske wurde 1998 umweltpolitischer Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion und dort Antreiber zu genau dem Wandel in der Umweltpolitik der Grünen, die er hier noch beklagt.
- 22 Siehe u.a.: **„Wörlitzer Erklärung zum Klima und Umweltschutz“** (verabschiedet von der Bundestagsfraktion am 10.1.1991), in: **P11, Januar 1997. Anträge zum Bundestag, Drucksache 13/7783**. Zudem ist festzustellen, daß in rot grünen Ländern oder Kommunen die Agenda-Arbeit besonders stark vorangetrieben wurde.
- 23 Als Gegenpapier erschien „75 junge Grüne für das alternative 21. Jahrhundert“. Quelle für beide: CL-Brett Gruene-Jugend.
- 24 Ca. Mitte 1999, unterzeichnet unter anderem von mehreren Landesumweltministern und StaatssekretärInnen, Ralf Fücks (Heinrich-Böll-Stiftungs-Chef), Rebecca Harms (Fraktionsvorsitzende in Niedersachsen), MdBs Ulrike Höfken, Reinhard Loske, Winfried Hermann und Michaela Hustedt und weiteren.
- 25 Quelle: **Pressemitteilung der Bürger gegen Atomreaktor Garching e.V.**, 9.3.2001.
- 26 Beispiele für kritische Positionen: Aufrufe zur Teilnahme an den Castorprotesten mehrerer Landesverbände, Offener Brief „Grüne gegen Castortransporte“ vom 5. März 2001 mit 117 UnterzeichnerInnen, Gründung der „Atompolitischen Opposition bei den Grünen“ und Aufruf zu Castorprotesten aus diesem Kreis am 10. März 2001.
- 27 Bekanntestes Beispiel war die Regenbogenpartei in Hamburg, die bei der Kommunalwahl allerdings scheiterte.
- 28 Oliver Geden, 1996, **„Rechte Ökologie“**, Verlag Die Werkstatt, Göttingen (S. 83-105). Raimund Hethey/Peter Kratz, 1991, **„In bester Gesellschaft“**, Verlag Die Werkstatt, Göttingen (S. 135-139).
- 29 Illies ist auch Unterzeichner ökologisch-rassistischen Heidelberger Manifestes (siehe **„Rechte Ökologie“**, S. 84). Konrad Buchwald war lange Jahre Vorsitzender des BUND in Niedersachsen (siehe Kap. 3.2.1).
- 30 Siehe in **„Rechte Ökologie“**, S. 85.
- 31 Links zu konservativen Positionen in der ÖDP: Forderungen zum Schutz ungeborenen Lebens (<http://oedp-online.de/ak/medizinethik/dokumente/resource19991014.html>), Bioethische Grundsätze der Öko-Christen in der ÖDP (http://www.oeko-christen.de/20010614__bioethik.htm) und Öko-Christen: Ehrfurcht vor dem Leben (<http://www.oeko-christen.de/leben.htm>).
- 32 Ein Download der Studie ist weiterhin über www.projektwerkstatt.de möglich.
- 33 Der moderne Klimaschutz nach Kyoto-Protokoll schafft marktförmige Instrumente und verdrängt gleichzeitig die noch aus der alten CDU/F.D.P.-Regierung stammenden Selbstverpflichtungen, die von den Reduktionszielen weitergehend waren.
- 34 Am Namen ist zu erkennen, daß damals die Ökologiefrage noch eine große Bedeutung hatte – heute würden Dittfurth und Umfeld den Namensbestandteil „ökologisch“ wahrscheinlich nicht mehr vorsehen.
- 35 Insgesamt reagierten die Führungspersonen der Ökoli ständig mit Beschimpfungen auf Kritik. Zweifel daran, ob es richtig sei, daß eine Angestellte einer Rüstungsfirma im Bundesvorstand einen Platz erhalten sollte, konterte Manfred Zieran (Lebensgefährte von Jutta Dittfurth und engster Mit-Drahtzieher der Partei) mit den Worten: „Ihr seid doch auch in der Krankenkasse, Ihr Schweine“.
- 36 Die Treffen fanden unter dem Titel „Bundesweites Arbeitstreffen basisdemokratischer, radikalökologischer, feministischer, antistaatlicher, antirassistischer, antikapitalistischer Projekte, Initiativen und Einzelpersonen“ statt. Dominant trat vor allem Katina Schubert von der Ökologischen Linken in Bonn auf, die sich mehrfach für die Ausgrenzung anwesender Personen aussprach.
- 37 Nach dem Fall der 5%-Hürde bei Kommunalwahlen kandidierte Jutta Dittfurth auf Platz 1 der Ökologischen Linken in Frankfurt – und sitzt seitdem mal wieder in einem Parlament. Das offenbart die parlamentaristische Orientierung der Ökoli.
- 38 Von Carsten Gerlt, Gaby Bolte, Heidi Lankisch, Jens Christian Müller, Karsten Schneider, Manon Tuckfeld und Rosemarie Fischer (ohne Datum).
- 39 Präzise dokumentiert im **Reader „Vom Gipfel kann es nur noch aufwärts gehen ...“** der Gruppe Landfriedensbruch, zu bestellen gegen 2 Euro plus Porto bei der Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen.
- 40 Mit der Ökoli paktierten bei diesen Ausgrenzungen phasenweise die Bremer Gruppe Perspektive und die Rote-Hilfe-VertreterInnen.
- 41 Zum Beispiel aus der Vorbereitung zu Protesten am Tag der Deutschen Einheit.
- 42 Dittfurth warb um Verständnis für ihr Verhalten mit dem Hinweis, daß sie sonst keine Schreibmöglichkeiten mehr hätte. Während sie das formulierte, schrieb sie für den Econ-Verlag ein Buch – Econ gehört zum Axel-Springer-Konzern!